

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Riesa, Markt 11.
Grunder: Dr. H.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Verlagsort: Riesa, Markt 11.
Verleger: Riesa, Markt 11.

Nr. 135.

Montag, 13. Juni 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Verkaufspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postamt monatlich 4.10 Mark ohne Zustellgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 4. Seite (7 Spalten) 1.10 Mark, 1.10 Mark, 1.— Mark; je nach Umfang und tabellarischer Anordnung. Zustellungs- und Vertriebsgebühren 50 Pf. Beste Carl's. Demüthiger Redakt. ersucht, wenn der Betrag versäumt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber im Vertriebe der Druckerei, der Riesaer oder der Vertriebsstellen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa, Geschäftsstelle: Gertrudenstraße 53. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Döbel, Riesa; für Druck: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Auf Blatt 608 des Handelsregisters ist heute die Firma Carl Wohlmann und als deren Inhaber der Händler Carl Hermann Wohlmann in Riesa eingetragen worden. Angegebener Geschäftsweig: Handel mit Obst, Gemüse, Delikatessen und Lebensmitteln. Amtsgericht Riesa, den 11. Juni 1921.

Kirchenvorverkauf in Gröba.

Der Verkauf von Kirchen in der von der Gemeinde selbstbewirtschafteten Straße von Gröba nach Döbra findet bei günstigem Wetter täglich von 4—6 Uhr nachmittags in der Kirchhütte statt. Preis M. 2.— für 1 Fund. Der Verkauf erfolgt nur auf Gröbaer Einwohner gegen entsprechende Ausweis. Gröba (Elbe), am 13. Juni 1921. Der Gemeindevorstand.

Die Lage in München.

Der Generalstreik in München hat bis gestern keine besondere Ausdehnung erfahren. Die Straßenbahn und auch die Eisenbahnwerkstätten arbeiten; doch wird dort andauernd zum Streik gedrängt. Bis gestern war weder der Arbeiter des Abgeordneten Garetis verhaftet noch eine Spur entdeckt. Gestern wurde ein Flugblatt beschlagnahmt, in dem zu einer gemeinsamen Kundgebung in sieben großen Sälen von München zum Montag eingeladen wird; auch war auf den Zeiteln das Programm der Feiern festgesetzt, wonach ein Umzug von der Theresienwiese nach dem Christhof geplant war. Die Versammlungen und der Umzug sind durch die Polizeidirektion verboten worden. Die Berichte von einer Kommunistenfeier im Nordendviertel gestern früh sind falsch. In Neu-Hausing bei München wurde gestern mittag eine Kommunistenversammlung durch die Münchner Polizei aufgehoben. Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei hat an die U. S. P. ein Schreiben gerichtet, in dem sie ihrem Abstoßen über den Mordanschlag ausdrückt. Die vom Streik betroffenen bürgerlichen Blätter hatten gestern ein gemeinsames Nachrichtenblatt herausgegeben, das einen Überblick über die wichtigsten Tagesereignisse gibt. In diesem Nachrichtenblatt wird in einem Leitartikel erklärt, daß das politische Ziel des Streiks, der Antikommunismus, nicht erreicht, schon jetzt als völlig verfehlt angesehen werden kann. Der Streik mache nicht einmal einen politischen Eindruck und sei sogar als Demonstration von x p n s t. Unter den Streikenden sei eine starke Meinung vorhanden, den Streik am Montag abzubrechen. Ueber den Nord an Garetis wird mitgeteilt, daß es trotz aller Bemühungen des Gerichts und der Polizei auch gestern noch nicht gelungen ist, einen wesentlichen Fortschritt zu erzielen in der Aufklärung des Verbrechens und seiner Motive. Man istet nach wie vor völlig im Dunkel über den Charakter der Erschießung. Anerkannt wird jedoch, daß es zu ersten Ausbreitungen oder Aufhebungen bisher nicht gekommen ist und daß die ganze Stimmung, die zur Zeit herrscht, auch die Hoffnung zählt, daß es dazu nicht kommen wird. Aus den weiteren Verlautbarungen des Blattes ist noch hervorzuhellen, daß der Ministerpräsident Dr. von Rahe nach München zurückgekehrt ist.

Das Erscheinen des unabhängigen sozialistischen Blattes „Der Kampf“ wurde durch den bayerischen Polizeipräsidenten Höpner bis auf weiteres verboten. — Das Sonnabend nachmittags erschienene Extrablatt der „Münchener Post“, in dem die Ausdehnung des Generalstreiks auf die lebenswichtigen Betriebe angekündigt worden war, ist von der Polizei beschlagnahmt worden. — Auf die von den Rabikalen erfolgte Aufforderung zur Stilllegung lebenswichtiger Betriebe sind umfangreiche Gegenmaßnahmen vorbereitet worden. Gensenshaft soll am Montag der Bürgerstreik in Kraft treten. Reichswehr und Einwohnervwehr werden bereitgestellt. Inzwischen hat der Streik auf eine große Reihe bayerischer Städte, darunter Augsburg, Nürnberg, Ingolstadt, Landshut, Rosenheim, Neidenhain und Traunstein übergegriffen.

Der Berliner Sozialistenprozeß am Montag wegen Garetis. Der mehrheitlich sozialistische „Vorwärts“ ruft seine Parteigänger auf zu Massenprotestversammlungen in Lokalen anlässlich der Erschießung Garetis und des Attentats auf Saenger für heute nachmittags 5 Uhr. Zur gleichen Zeit fordert das Organ der Unabhängigen die Berliner Unabhängigen zur Protestkundgebung auf dem Schlossplatz auf.

Der „Tempo“ zu der Erschießung von Garetis. Der „Tempo“ erklärt zur Erschießung von Garetis, man könne aus dem Vorfall ersehen, wie viele Parteien in Deutschland, besonders in Bayern, noch verstreut seien.

Die oberösterreichische Frage.

Der Opperener Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“ teilt seinem Blatt mit, die Militärs seien über einen Plan übereingekommen, nach dem die polnischen Injuranten das jetzt von ihnen besetzte Gebiet schrittweise räumen sollten.

Englische Truppen haben bei Uješt die Orte Niedzdrzwitz, Rudzitz und Patzsch besetzt.

Aus Doppel u wird gemeldet: Bei den Verhandlungen mit General Höber hatte die Interalliierte Kommission wiederholt auf das bestimmteste versichert, daß sie den Insurgenten jede Kampfhandlung unterlagere werde. Wie sehr der deutsche Selbstschutz recht hatte, als er diesen Versprechungen des Generals De Rood mit großem Mißtrauen gegenüberstand, wird durch das weitere Verhalten der Insurgenten bewiesen. Diese entzückten gestern an der ganzen Kampfroute eine lebhafte Tätigkeit. Auch hinter der Front wurden Bewegungen beobachtet, die keineswegs auf Einheilung der Kampfpläne, oder gar auf Ruhe hindeuten. Allein Ost-Polozna wurde am gestrigen Nachmittag durch die Polen mit 20 Schwadronen besetzt. Mehrere Ortshäuser, die der deutsche Selbstschutz auf Aufforderung der Interalliierten Kommission für die Ententetruppen frei gemacht hatte, wurden gestern von den Polen erzwungen besetzt. Diese Tatsache zeigt, daß die gegenwärtig von der Interalliierten Kommission dem Insurgenten gegenüber getroffenen Maßnahmen nicht geeignet und andererseits sind, um den Insurgenten Zweck zu tun.

Bundesversammlung der Reichsbürgerräte.

Unter dem Vorsitz des Staatsministers A. v. Loebell tagte in München Sonnabend und Sonntag die Bundesversammlung der Reichsbürgerräte unter starker Anteilnahme aus dem ganzen Reich. In den Vorträgen wurden die sozialen, kommunalen, wirtschaftlichen und politischen Ziele der Reichsbürgerräte eingehend erörtert. Zum Schluß der Tagung wurde ein Hamburger Antrag angenommen, der die Einführung der schwarz-weiß-roten Fahne durch Gesetz festlegen will; außerdem soll das Präsidium an einem geeigneten Zeitpunkt für ein Volksbegehren auf allgemeine Wiedereinführung der schwarz-weiß-roten Fahne mit allen Mitteln eintreten. Die nächste Bundesversammlung wird in Rheinland-Westfalen zusammenzutreten.

Die Voignon-Rundgebung in Berlin.

Zu den Füßen des Berliner Domes zwischen der Terrasse des Museums und der Rampe des Schlosses, Kopf an Kopf gedrängt, fanden gestern mittag 11 Uhr Dundertausende und lauchten den Rednern, die ihnen von der Rot der 115 Kriegsgefangenen erzählten, die im Justizhaus von Voignon und den Arbeitlagern von Cuers und Laag das Verbrechen hielten, deutschen Stammes zu sein. Die Verbrechen saft aller Zurückgebliebenen haben nichts mit Ehrenrührigen Verbrechen zu tun, sondern sind meist aus Not und Nahrungsmangel oder zur Vorkerkelung der Flucht begangen worden und aus dem Seelenzustand der Kriegsgefangenen zu erklären. Der Luftgarten, nur zu oft der Schauplatz parteipolitischer Demonstrationen, hat gestern das Bild eines geschlossenen Volkswillens. Deutsche aller Parteien, vom Schmerz und Mitleid erfüllt um die treuen Brüder, die als Letzte für ihr Deutschland leiden, bekannten sich einmütig zu der machtlosen Rundgebung, die in solcher Entschlossenheit ihren Ausdruck fand: „Während das Deutsche Reich sofort nach dem Waffenstillstande sämtliche in Deutschland befindlichen Kriegsgefangenen der alliierten Mächte in die Heimat zurückzuführen hat, einschließlich aller der wegen gemeinsamer Verbrechen Verurteilten, müssen die Deutschen es dulden, daß 115 ihrer Brüder 2½ Jahre nach Beendigung des Krieges in französischer Kriegsgefangenschaft ihrer Freiheit beraubt sind und vor Schmach nach ihrer Heimat und ihren Angehörigen die schmerzlichen seelischen Qualen erleben müssen. Die Verammlung fordert daher die deutsche Regierung auf, trotz aller bisherigen Mißerfolge erneut die Befreiung der deutschen Stammesbrüder in Voignon zu fordern. Unseren Brüdern in Voignon rufen wir zu: Eure Gedanken euer und werden nicht müde werden, für eure Befreiung zu wirken.“ Nach Abschluß der Rundgebung bewegten sich lange Züge der Teilnehmer mit Musik und Gesang durch die Straßen der Stadt. Frauen und Kinder trugen Tafeln mit den Aufschriften: Frankreich, gib uns unsere Männer wieder! Gest! uns unsere Väter zurück!

Leipzig. Gleich wie in anderen deutschen Städten, so fand am gestrigen Sonntag in Leipzig auf dem Plage vor dem Reichsgericht eine Kundgebung für die noch immer in französischer Kriegsgefangenschaft in Voignon befindlichen 115 deutschen Soldaten statt. Es gelangte einstimmig eine Resolution zur Annahme, die an die Regierung abgeleitet wurde, und in welcher diese aufgefordert wird, alles zur Befreiung dieser Unglücklichen zu tun. Eine ähnliche Entschlossenheit wurde auch an Punkten der noch in Rußland befindlichen deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen angenommen.

Auch in Riesa hat gestern eine Kundgebung stattgefunden, die in gleicher Weise gegen die Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener in Frankreich und Rußland Protest erhob.

Kraffin über die russische Konzeßionsfrage.

Eine Mitarbeiterin der „Zeit Parisien“ hatte in London eine Unterredung mit Kraffin. Der Vertreter der russischen Sowjetregierung sprach sich u. a. auch über die Konzeßionsfrage aus. Bis jetzt, sagte er, hätten die wirtschaftlichen Beziehungen Rußlands zum Ausland ausschließlich in einfachen Käufen bestanden. Er schätzte die Kontrakte mit England auf 5 Millionen englische Pfund, mit Schweden auf 50 Millionen Kronen, mit Deutschland auf 3 Milliarden Rfl. und mit Amerika auf 10 Millionen Dollar. Aber die russischen Goldreserven seien nicht unerhöplich. Rußland ziehe es vor, sich auf den Weg der Konzeßionsgeschäfte zu begeben. Der russische Export sei erst in ganz kleinem Maßstabe wieder aufgenommen worden. Die Zerrüttung der Transportwege verhindere die Beförderung der Rohstoffe nach den Häfen. Es bleibe also nur die Konzeßionen übrig. Von einer Heberhebelung des Privatigentums könne nicht die Rede sein und darauf komme es auch nicht an. Der Kapitalist, der durch Rußlands Reichthümer angelockt werde, müsse begreifen, daß er seiner Arbeit in Rußland nur einen Vertrag zwischen ihm und der Sowjetregierung zugrunde legen könne. Er werde aus diesem Vertrag ebensowiel oder mehr Nutzen ziehen, als aus seinen Unternehmungen vor dem Kriege. Die Regierung aber werde Herr ihres Bodens bleiben und niemals Monopole zugehen. Wenn der Kapitalist genügenden Profit aus der Konzeßion gezogen habe, müsse sie wieder an die Regierung zurückfallen. Kraffin behauptete, es sei niemals jemand geschädigt worden, der einen Vertrag mit dem Sowjetreich besaß. Wenn 1918 kapitalistische Unternehmungen nationalisiert worden seien, so nur deshalb, weil sie keinen Vertrag mit Sowjetreich hatten und aufgrund der zaristischen Wirtschaft arbeiteten. Der Kapitalist könne aber auch in

aller Ruhe mit dem Sowjetreich Verträge abschließen, denn, da es keine radikalere Regierung gebe als diese, so könne jede Regierung, die nach ihrem Sturz auftritt, die Verpflichtungen der Sowjets gegenüber den Kapitalisten nur mit umso größerer Sicherheit übernehmen. Bis jetzt sei nur eine einzige Konzeßion, und zwar an die Soensta Kullager Fabrik vergeben worden. Allerdings komme das Dekret über die Konzeßionen erst aus dem Dezember 1920.

Tschitscherin bleibt im Amt.

Nach Moskauer Nachrichten ist Witnow zum Nachfolger Karachans auf dem Posten der Posten berufen worden. Die Meldungen über den Rücktritt Tschitscherins bestätigen sich nicht.

Die Fernspreckgebühren.

find in dem neuen Fernspreckgesetzentwurf von Grund auf neu geschaffen worden. Bisher betrug die Gebühr für eine Verbindung bis zu drei Minuten Dauer und bis zu einer Entfernung bis zu 25 km 80 Pfg., darüber hinaus bis zu 50 km 1 Mark, über 50 bis 100 km 2 Mark, bis 300 km 3 Mark, bis 500 km 4 Mark, bis 750 km 5 Mark, bis 1000 Kilometer 6 Mark und über 1000 km 8 Mark. Künftig soll ein Gespräch bis zu 3 Minuten Dauer auf einer Entfernung bis zu 5 km nur 25 Pfg. kosten. Darüber hinaus sind folgende Gebührensätze vorgegeben: bis 15 km 75 Pfg., über 15 bis 25 km 1 Mark 25 Pfg., bis 50 km 2 Mark, bis 100 Kilometer 3 Mark und von da ab für je 100 km mehr 1 Mark 50 Pfg. Diese Sätze entsprechen den Selbstkosten, die der Fernspreckverwaltung neuerdings aus dem Fernbetrieb erwachsen und die sich aus den eigentlichen Leistungskosten und den Betriebskosten zusammensetzen. Die Leistungsstellen machen dabei wegen der eingetretenen außerordentlichen Steigerung der Materialpreise 87 v. H. der gesamten Selbstkosten aus. Gegenüber anderen Ländern, die für einen Verkehrs mit dem Umfange des deutschen Fernsprecknetzes in Betracht kommen, bleiben auch die künftigen deutschen Fernspreckgebühren noch immer hinter den Tarifen dieser Länder zurück. Erzwungene Preisgespräche werden nach dem Gesetzentwurf auch künftig zur einfachen Gebühr zugelassen, sofern der Verkehr dadurch nicht beeinträchtigt wird. Um dem deutschen Fernspreckbenutzer die unvermeidlich gewordene Gebührenerhöhung etwas minder fühlbar zu machen, sollen bei Gesprächen von Entfernungen über 100 km, sobald die erste Dreiminuten einheit überschritten ist, nicht mehr, wie bisher, Gebühren für weitere Dreiminuten einheiten, sondern nur noch für einzelne Minuten dergestalt erhoben werden, daß der dritte Teil der für die erste Gebühreneinheit geltenden Gebühr berechnet wird. Die Einführung der neuen Gebührensätze bildet die Grundlage, auf der allein die wirtschaftliche Gesundung des Fernverkehrs möglich ist. Hand in Hand mit dieser Neuregelung der Gebühren geht der Ausbau des geplanten deutschen Fernsprecknetzes, durch den die bestehenden Verkehrswege, deren Zahl schon vor dem Kriege unzulänglich geworden war, erheblich vermehrt werden sollen. Da der Fernverkehr gegenüber der Vorkriegszeit sprunghaft um 80 bis 70 v. H. zugenommen hat, das Netz der oberirdischen Fernleitungen trotz aller Anstrengungen dagegen seitdem nur um 7 v. H. vergrößert werden konnte, kann die durch den Bau des Fernnetzes in die Wege geleitete Betriebsverbesserung naturgemäß erst allmählich in die Erscheinung treten. Nach der im Verlauf einiger Jahre zu erwartenden Vervollständigung des Fernsprecknetzes, dessen Ausbau für die ganze deutsche Wirtschaft eine Lebensnotwendigkeit bildet, wird die Betriebssicherheit des Fernspreckverkehrs von Ort zu Ort in Deutschland wieder eine Höhe erreichen, die den gesteigerten Verkehrsbedürfnissen der Gegenwart voll Rechnung trägt.

Gerabekung der Preise für Monats- und Wochenkarten.

Ueber die bereits angekündigte Gerabekung der Preise der Monats- und Wochenkarten wird amtlich folgendes bekannt gegeben: Die zum 1. Juni d. J. im allgemeinen Verkehr in Kraft getretene Tarifierhöhung, die für Monatskarten eine Berechnung nach 20 Teilfahrten, die Wochenkarten eine solche nach zehn Dreifahrten des Monatskartenpreises vorsieht, bleibt an sich bestehen. Mit Rücksicht aber auf die schwierige Lage des Arbeitsmarktes, die insbesondere die auf die Benutzung von Monats- und Wochenkarten angewiesene Bevölkerung trifft, hat der Reichsverkehrsminister die Einführung folgender Notstarifarten angeordnet:

Die Monatskarten werden demnach berechnet, daß ihnen nicht 20, sondern 16 Einzelfahrten im Monat zu Grunde gelegt werden, sodas bei einer Benutzung zur Fahrt zwischen Wohnplatz und Arbeitsstätte an acht Tagen die übrigen Fahrten im Monat frei sind. Die Wochenkarten werden nicht zu zehn Dreifahrten, sondern zu sieben Achtundzwanzigfahren des Monatskartenpreises berechnet. Hier führt also der Inhaber bereits nach Benutzung an zwei Tagen der Woche während des übrigen Teiles der Woche frei; auch Kurzarbeiter können daher mit Vorteil von ihnen Gebrauch machen.

Diese Tarifierabsetzungen, die nicht aber die Dauer der zur Zeit bestehenden Wirtschaftslage hinaus gelten sollen, werden mit größtmöglicher Beschleunigung durchgeführt werden. Mit Rücksicht auf die hierbei zu überwindenden technischen Schwierigkeiten werden aber die neuen Tarife nicht vor dem 1. September eingeführt werden können.

Zum gleichen Zeitpunkt werden die auf anderen Grund-
flächen aufbauten Zeitarbeiter des Berliner und Hamburger
Borstentextils, die am 1. Juli d. J. in Kraft treten, in dem
gleichen Verhältnis erwähnt werden, wie dies bei den Ro-
vals- und Wolltextilen des Borsentextils geschieht.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Elektro-Ausstellung in Wien. Der preussische
Minister des Innern beschickte mit vielen anderen führenden
Persönlichkeiten Sonntag nachmittag mehrere Stunden
eingehend die Elektro-Ausstellung. Am Vormittag war der
österreichische Verkehrsminister mit technischen Beratern in der
Ausstellung, über die er sich sehr anerkennd äußerte. Da
noch eine große Zahl von Besuchsanmeldungen, besonders
auch vom Auslande, vorliegt, ist die Ausstellung bis zum
26. Juni verlängert worden.

Ausführung in der badischen Textilindustrie. Da
entgegen den mit den Arbeitnehmern getroffenen Verein-
barungen der Streik in verschiedenen Betrieben der badischen
Textilindustrie fortgesetzt wird, haben die Arbeitgeber die
Aussperrung sämtlicher badischer Textilarbeiter für heute
beschlossen. Hieran werden 20000 Arbeiter betroffen.

Keine Einverständigung der Entwaffnungskommission.
Am 14. wird aus Berlin gemeldet: Auf Grund der durch
die Presse gegangenen Meldung, daß die Vorkonferenz
für die Auflösung und Entwaffnung der bayerischen Ein-
wohnerwehren weitere Treffen in Aussicht genommen habe,
hat die Reichsregierung sofort amtliche Erklärungen ein-
gefordert und die Mitteilung erhalten, daß die Nachricht un-
zutreffend sei. Die Vorkonferenz hat sich in ihren
letzten Sitzungen mit der Frage der bayerischen Einwohner-
wehren überaus nicht beschäftigt und eine Einverständigung
der Termine nicht beschloss.

75 000 Bienenstöcke für die Ostsee. Im Herbst
dieses Jahres sollen rund 75 000 Bienenstöcke mit dem
Goniat in Nordeuropa an Frankreich und Belgien geliefert werden.
Die Internationale Bienenkongress ist in Paris
zusammengerufen.

Deute Frasch gegen Öst. Vor dem Sondergericht
des Landgerichts I zu Berlin beginnt am heutigen Montag
der Prozess gegen den berühmten Bandenführer Öst unter
dem Vorherrschafts des Landgerichtsrats Braun.

Die Frage einer deutsch-französischen Annäherung.
Der Londoner Oberverrichter schreibt zur Rede Churchills in
Manchester, daß die Stellungnahme der französischen
Presse zu der Rede Churchills nicht selbstdenkend gewesen sei
und erklärt, daß man sich in Frankreich schon seit Wochen
mit der Frage einer Annäherung in Deutschland befaßt.
Die Franzosen haben eingesehen, daß dies der wahre Aus-
weg sei und daß kein anderer Ausweg bestehe. Dem
„Oberverrichter“ zufolge ist nicht daran zu zweifeln, daß Churchill
in seiner großen Rede die unvermeidliche Linie angelehrt
hat, auf der sich die künftige englische Politik bewegen wird.

Aufhebung außerordentlicher Gerichte. Die außer-
ordentlichen Gerichte in Kemsberg, Dortmund, Oberfeld,
Münster, Bielefeld, Stendal, Altona, Flensburg und Meiningen
sind, wie dies der Reichsminister der Justiz im Reichstag
in Aussicht gestellt hatte, aufgehoben worden. Die Auf-
hebung weiterer außerordentlicher Gerichte steht bevor.

Der Verbleib der sehr weittragenden Geschosse.
H. T. V. erklärt von ausländischer Stelle: Die Internationale
Militärkontrollkommission hat die deutsche Regierung um
Auskunft über den Verbleib der sehr weittragenden
Geschosse erlitten, die während des Krieges von dem
deutschen Heere verwendet worden sind. Ihre Anfrage ist
wie folgt beantwortet worden: Während des Krieges sind
im ganzen 7 sehr weittragende Geschosse gebaut worden.
Von ihnen sind 4 während des Krieges unbrauchbar
geworden und zerstört worden. Bei Kriegsabbruch waren
noch 3 solcher Geschosse vorhanden, von denen ein Nober
Ende April 1919 in Essen gesprengt, das zweite am
18. November 1919 auf dem Versuchssplatz Neppen
gesprengt, das dritte am 22. November 1919 in Magde-
burg gesprengt worden ist. Die Teile dieser drei Nober
sind verbleibt.

Keine Begegnung zwischen Louchere und Rathenau.
Die „Nuenpolitiker des „Welt Varissen“ Wollpige
Mittel aus Mainz berichtet, sollte gestern in Wiesbaden eine
Begegnung zwischen Louchere und Rathenau stattfinden. Er
bemerkte, daß diese Begegnung den Allierten Regierungen
mitgeteilt wurde und daß bei derselben weder über die ober-
schlesische Frage noch über die Sanktionen am Rhein ge-
sprochen werde. Wie dagegen der „Lof. Anz.“ aus zuverlässiger
Quelle erklärt, ist die Meldung des „Welt Varissen“ un-
richtig. Dr. Rathenau ist mit Louchere nicht zusammen-
getroffen. Er hat Berlin am gestrigen Sonntag nicht ver-
lassen.

Das Mandat über Kamerun. Das Berliner „Journal“
erklärt in Bezug auf das Freitag vom Kolonialminister
dementierte Gerücht von einem Deutschland zu übertragenden
Mandat über Kamerun am Quai d'Orsay werde be-
stätigt, daß die Frage namens des Völkerbundes gar nicht
gestellt werden könnte, da Deutschland ihm nicht angehört.
Im übrigen werde, falls Deutschland später ein Mandat über
eine seiner alten Kolonien verlangen sollte, die französische
Regierung ihre erworbenen Rechte mit derselben Energie
verteidigen wie die englische Regierung.

Republik Österreich.

Die Finanzhilfe. Die österreichische Regierung hat die
Mitteilung erhalten, daß das Finanzkomitee des Völker-
bundes seine Arbeiten beendet hat. Das Komitee hat ein
Programm der Finanzhilfe genehmigt, das nach seiner Aus-
sicht geeignet ist, die Wirtschaftslage Österreichs wieder
herzustellen. Die notwendigen Vorkehrungen zur Inangriff-
nahme des Programms sind sichergestellt.

Italien.

In seiner Thronrede bei der Eröffnung des Parlaments
begrüßte der König die Vertreter der zurückgewonnenen Ge-
biete. Er fügte hinzu, daß Italiens äußere Politik sich in loyaler
Weise bemähe, die Gegensätze der Leidenschaften und
Interessen zu mildern in dem festen Streben nach Auf-
schaffung des italienischen Volkes, das im Bewußtsein seiner
moralischen Gesundheit und seiner Stärke erkennt, daß es nur
auf den geraden und sicheren Waden wahrhaften Friedens,
die es in frei gewähltem Entschluß beschritten hat, das Ge-
deihen finden wird, auf das ihm seine blutigen Opfer von
gestern und seine sähige Arbeit von morgen ein Recht geben.
Der König wies weiter darauf hin, daß es darauf ankomme,
die öffentlichen Finanzen wieder aufzurichten und Beamten-
tum, Armee und Marine zu reorganisieren. Gekündigt
werden müsse eine in voller Selbstsucht geleitete Mitarbeit
der Vertreter der Klassen. Sie seien dazu berufen, einer
Lösung der großen Probleme der Arbeitsfrage im Geiste
pöblicher Gleichheit und aller Organisationen und Be-
strebungen die Wege zu weisen. Die geistige und moralische
Volkserziehung müsse gefördert werden. Alle Bürger
würden sich in der Einigkeit zusammenschließen, von der die
Größe des Vaterlandes abhängt. Ein Zweck müsse alle
Geister befeelen und sie zu gemeinsamer Arbeit aufrufen:
Stärkung der Autorität des Staates, der die überlegene

Kraft sein muß, die die überlebenden Leidenschaften in
die vom Gesetz bestimmten Grenzen zurückführt. Dabei müsse
sich der Staat auf die Selbstsucht der Bürger stützen. Ein
erweitertes und hartes italienisches Volk werde mit seinem
Glauben die neue Welt schaffen können.

Das Staatskomitee der Staatsangelegenheiten beschloß
Sonnabend morgen um 4 Uhr den Antrag einzustellen, in
der Erwartung, daß die mit der Regierung entworfenen
Differenzen vom Parlament gelöst werden. Der Ministerrat
stimmt einem Gesetzentwurf über die Reform der Ver-
waltung und Reorganisation der Behörden der Angelegenheiten
zu. Er genehmigt ferner Gesetzentwürfe über die Devisen-
zentrale und über die Handelsmarine.

Schlesien.

Abnig Konstantin hat sich Sonnabend an Bord des
Bauernschiffes „Venus“ eingeschifft, um sich nach dem Kriegs-
schauplatz zu begeben. Vor der Einschiffung ließ der König
eine Hofkapelle an das griechische Schiff ergehen. Ein griechi-
scher Torpedoböcher hat Koramuffal an der Küste des
Marmarameeres und Ineboll bombardiert.

Osaka.

Ueberrische Zukunfts. Nach Schätzungen dürfte die
diesjährige Zukunfts auf etwa 4 Millionen Tonnen über-
steigen. Wegen der geringen Kaufkraft und der Transport-
schwierigkeiten sieht sich das Land jedoch durch dieses günstige
Ergebnis demütigt. Man befürchtet, daß der daraus
entstehende Preisrückgang in Folge eine ernste Krise hervorrufen
wird.

Japan.

Steigerung des japanischen Selbenaufbaues. Die
japanische Selbenaufbaue ist in den letzten Monaten stark
gestiegen. In den letzten beiden Wochen des Mai wurden
nicht weniger als 10 000 Ballen Selbena ausgeführt. Im
Juni soll die Zahl auf 28 000 und im Juli sogar auf
32 000 Ballen steigen.

Amerika.

Die Abdrückfrage. Von mehreren Regierungen,
an die die Vereinigten Staaten kürzlich eine nichtformelle
Einladung zu internationalen Verhandlungen über die
Abdrückfrage gerichtet hatten, sind ebenfalls nichtformelle, im
günstigen Sinne gehaltene Antworten eingegangen.

Deutsches und Schinesisches.

Mies, den 18. Juni 1921.

Der Elbe-Oberkanal bildet den Gegen-
stand eines Vortrages, den am 6. Juni d. J. Herr
Stabsbauingenieur Dr. Ing. Plakmann aus Guben im
großen Saale der „Sonne“ in Weichen hielt. Nachdem
er in einem geschichtlichen Abriss die Bedeutung der Wasser-
wege für die Verkehrswege im Altertum, Mittelalter und
in der Neuzeit beleuchtet hatte, führte er nach dem Bericht
im „Weseler Tageblatt“ über sein eigentliches Thema
folgendes aus: Da man eine mögliche Einheitlichkeit des
deutschen Wasserstraßennetzes anstrebt und die besondere
Bedeutung des Mittelkanals anerkannt ist, erfordert, ist die un-
bedingte Notwendigkeit vorhanden, daß etwas geschieht, die
Elbe als Verkehrswege leistungsfähiger zu machen. Für den
Oberlauf der Elbe ist in dieser Hinsicht so gut wie nichts
geschehen, während der Elbe-Donau-Kanal, der 80 km
mit Bayern verbindet, sowie die Saale-Analysierung
bereits beschlossen sind. Die untere Elbe weist bereits eine
Anzahl Kanalverbindungen zur Elbe, dabei und weiter
zur Ober auf, durch die Magdeburger Verbindungen nach
Berlin, Stettin und Frankfurt a. O. hat. Keine Ver-
bindung besteht demgegenüber zwischen der
oberen Elbe und der unteren Elbe, die den
Wasserweg von Dresden zum Meere nach Stettin ganz
erschließen würde. Diese Verbindung erstreckt der
Elbe-Oberkanal, der bekanntlich bei Köpenick
beginnt, die Wiederholung der Goslitz-Erdmündung
durchzuführen, das Spargeltrage umgeben Weichen im Zuge
des Hürttengraben durchschneiden soll. Sobald würde er
rechts der Elbe im Vorlande an den Helsen entlang dem
Eldstrom bis etwa bei Werschnitz folgen, dann rechts ab-
biegend sich immer in absteigender Richtung bewegend,
im Nördlichen weiterführend, durch die Schradenunterung im
Tale der schwarzen Elster über Odrand und Ruhland
führend das hiesige Kohlengebiet durchschneiden, Senften-
berg berühren, und über Cottbus und Guben laufend bei
Frankfurt in der Ober enden. In technischer Hinsicht bietet
der Bau des Kanals von Werschnitz bis zur Ober nur
geringere Schwierigkeiten, da das Gelände meist
flach ist und außerdem der Kanal dem sich als breite Ebene
hinziehenden Ufertrasse der schwarzen Elster in günstiger
Richtung folgt. Auch die beiden Wasserscheiden, die sich
durch das hiesige Gelände erheben, sind ohne
erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Der tiefste Ge-
ländeabschnitt würde etwa 15 Meter bei Senftenberg be-
tragen, ein bei dem heutigen Stande der Technik und in
Anbetracht dessen, daß das Land meist sandig ist, leicht zu
überwindendes Hindernis. Der Kanal soll eine Breite von
34 Metern und eine Tiefe von 3,50 Metern haben, ebenso
wie der Mittellandkanal. Am Anfang des Kanals im
Köpenickbroda würde die Elbe durch ein Wehr gestaut,
damit würde erreicht, daß der Spiegel in Dresden sich
um etwa 2 Meter hebt, und so die Möglichkeit geschaffen,
daß die 1000-Tonnen-Schiffe ungehindert bis Dresden
fahren können. Das Landschaftsbild würde durch
den Kanal ganz wesentlich beeinträchtigt werden.
Die Höhe über dem Meere beträgt bei Köpenickbroda etwa
106 Meter, bei Weichen nur 97 Meter, der Kanal würde
also am Unterlauf etwa 9 Meter höher liegen als die
Elbe, und bei Werschnitz sogar 13 Meter. Die Schwin-
heit des Elbtales würde damit erzielbar sein.
Stärkere Bedenken haben sich aber auch in technischer Hin-
sicht ergeben durch die Unterführung des Bahnhofs Weichen,
dessen Überführung erforderlich sein würde. Auch die Durch-
führung durch Weichen, namentlich aber der Bau des Kanals
im Vorlande, der Wege rechts der Elbe bietet grö-
ßere Hindernisse, zunächst unterhalb Weichen bei der Anzwe-
lung vor allem bei der Krümmung bei Diesbar. Was für
den Kanalbau mühte durch Wegsperrung der Felsen ge-
schaffen werden oder im letzten Falle die Elbe verlegt
werden. In diesen Schwierigkeiten aus dem Wege zu
gehen, hat man nach einem anderen Wege gesucht. Nach
diesem zweiten Plane soll der Bau des Kanals von
Dresden bis Werschnitz in Wegfall kommen, da man die
Elbe als Wasserweg benutzen will. Der erforderliche hohe
Wasserstand für die 1000-Tonnen-Schiffe soll erreicht wer-
den durch zweifache Stauung der Elbe. Der obere Stau-
damn soll herabgeführt werden von Köpenickbroda bis
Erdmündung oberhalb Weichens, die zweite Stauung bei
Werschnitz erfolgen, von wo dann erst der eigentliche Kanal
beginne. Durch die zweifache Stauung würde sowohl
auf der Stromseite von Werschnitz bis zum Wehr ober-
halb Weichens und oberhalb diesem bis Dresden der erforder-
liche Wasserstand erreicht sein. Allerdings würde beim Wehr
oberhalb Weichens der Bau einer Schleuse zum Durch-
führen der Schiffahrt erforderlich werden. Die Stauungen
würden an 300 Tagen im Jahre einen durchaus gleich-
mäßigen Wasserstand von 3 Metern in Dresden bewirken,
nur etwa an 66 Tagen würde der Wasserstand darüber
hin ausgehen etwa durch Hochwasser usw. Durch die Hebung
des Wasserspiegels würde in Dresden das Flußbett in
ganzer Breite gefüllt werden, ebenso in Weichen, wo das
Wasser rechts etwa bis zum Fuße des Dammweges reichen
würde, landschaftlich ein Bild, durch welches
das ganze Flussgebiet außerordentlich gewinnen
würde. Bei Diesbar würde das mehrfache Vorland über-
flutet werden. Die Schiffe würden in Weichen verbleiben

beeinträchtigt werden. Die untere Weiche immer als schmale
Flussstrecke ausfallen haben und die Erdmündung wegfallen.
Reichen würde wie ein Damm über den Weichen liegen.
Dann der Kanal ist man bestrebt, möglichst lange
Strecken zu schaffen, das heißt den Wasserspiegel
lange auf einer Höhe zu halten, sobald der Ausbau von Weichen
Schwierigkeiten ergeben sich, daß der Elbe-Oberkanal die läng-
sten Störungen aufweisen würde, und daß auf der ganzen
Strecke nur 5 oder 6 Schleusen notwendig sein würden,
eine Lastfrage, die die Rentabilität des Kanals ganz wesent-
lich erhöht, weil der Schiffahrt wenig Zeitverlust hervor-
gerufen durch dieses Durchfließen, entstehen würde. Die
Befahrung von Entfernungen, die durch den
Kanal entstehen, sind gewaltig. Der Weg von Dresden
bis Stettin, dem nächsten Seehafen, wird um 1/4 kürzer
als der Weg von Dresden bis Hamburg. Berlin rückt um
100 Kilometer näher an Dresden heran. Der jetzige Weg
bis Stettin aber wird um 197 Kilometer kürzer. Sachsen
und Böhmen lassen dem Meere näher als Oberelbien.
Der Wasserweg von Weichen bis Breslau verläuft sich
von 485 auf 397 Kilometer. Stettin würde ein ganz
anderes Hinterland, als Ertrag dafür, was es im Süd-
osten durch den Wegfall von Polen und Westpreußen ver-
liert. In wirtschaftlicher Hinsicht würde der
Kanal für die schlesischen Industriegebiete von höchster Be-
deutung sein. Die landwirtschaftlichen Absatzgebiete Kom-
merns würden den hiesigen Industriegebieten wie überhaupt
die Verbindung nach dem Nordosten erschaffen. Der ganze
Durchgangsverkehr nach Stettin würde über diesen Kanal
gehen. Von besonderer Wichtigkeit für die dort entwickelte
schlesische Industrie würde die Erschließung des Nieder-
schlesischer Braunkohlensgebietes sein, ganz besonders im Hin-
blick darauf, daß und etwa bis oberhalb des Röhle ver-
loren gehen sollte. Das hier veräußerte Braunkohlenggebiet
würde etwa zwei Drittel des Durchgangsverkehrs ergeben,
ihm also ganz neue Wege geöffnet werden. Gleiche Aus-
sichten würden sich auch für die schlesische Steinindustrie
ergeben. Auch für die sächsischen Erze, deren wir jetzt
notwendiger bedürfen als je, wäre der Kanal ein neuer
Ausfallweg. Auch die Schifffahrt braucht die Erze, wesent-
lich sächsische Vertreter dem Vortragenden das größte In-
teresse an dem Bau des Kanals bekundet haben. Für das
Kanal- und Flußgebiet um Berlin würde eine neue groß-
artige Verbindung nach Stettin als wie nach Sachsen ge-
schaffen werden. Die Kohlfahrt von Weichen bis Dres-
den und Prag schneller zu befördern sein, der weitere See-
weg bis Stettin ist für die größeren Schiffe belanglos,
während die Verlegung des Binnenverkehrsportweges voll-
ständig wirtschaftlich von höchster Bedeutung ist. Die Zeit die
richtige Zeit ist? Diese Frage beantwortete der Vor-
tragende ohne weiteres mit ja. Es ist wirtschaftlich ganz
bedeutend, daß zwischen das nordöstliche und das west-
liche Wasserstraßennetz Verbindungsstellen eingefügt wer-
den, und der Bau deshalb in den allerersten Jahren
in Angriff genommen wird. Gerade die Not der Zeit
zwingt dazu, Arbeitskräfte unterzubringen und der Kanal-
bau (Kanal) Arbeit für alle Kategorien von Arbeitern. Der
Bau des Elbe-Oberkanals bietet in technischer Hinsicht
viel weniger Schwierigkeiten als alle anderen Kanalpro-
jekte. Werte werden geschaffen, die für Jahrhunderte hinaus
außerordentliche Bedeutung für kommende Generationen
bestehen. Dem Verkehr werden neue Wege gewonnen. An
Material würde, abgesehen von den wenigen Bauhelfern
an Eisen und Weichen, der Bedarf nur gering sein, da
der Kanalbau selbst nur in der Bewegung von Erd-
massen bestehen würde. Der Vortragende schloß mit dem
Hinweis, daß der Elbe-Oberkanalverein es übernommen
hat, den Kanalbau in die Öffentlichkeit zu tra-
gen und für den Bau Stimmung zu machen. In der Ge-
samtheit, daß die Wasserstraßen für die Zukunft Deutsch-
lands von ganz besonderer Bedeutung sind, will der Vor-
tragende, weil die sächsischen Röhle lange nicht die Bedeu-
tung haben wie der Elbe-Oberkanal, es erreichen, daß
der Bau des letzteren von Seiten der Reichsregierung in
den Plan für den Ausbau des Reichswasserstraßennetzes
noch bevorzugt eingefügt wird. Herr Stabsbauingenieur Dr.
Erdert gab dem Gebanten Ausdruck, daß man im Inter-
esse des Landschaftsbildes um Weichen größere Sympathien
für den zweiten vorgeschlagenen Plan hege, der den Seiten-
kanal bis Werschnitz in Wegfall bringe durch Errichtung
von zwei Staudämmen. Die Zustimmung zu diesem Ge-
banten wurde unter den Zuhörern allgemein laut.

Reue Befragung des Justizministeriums.
Der sächsische Justizminister Dr. Ranisch trat bekanntlich
vor etwa zwei Monaten zurück, weil er nicht mehr einem
Kabinet angehören wollte, das sein Weiterbestehen nur den
Kommunisten verdankt. Dr. Ranisch hat die Geschäfts-
angelegenheiten weitergeführt, weil die Wahl eines Nachfolgers
außerordentliche Schwierigkeiten bereitet. Nunmehr
haben Verhandlungen mit dem Leipziger Landgerichtsrat
Dr. Lehner wegen dessen Berufung zum sächsischen
Justizminister. Die Verhandlungen haben aber bisher noch
zu keinem Ergebnis geführt.

Der Verkauf von Gold für das Reich durch
die Reichsbank und Post erfolgt vom 18. bis 19.
d. Mts. zum Preise von 280 Mark für ein Zwanzig-
markstück und 140 Mark für ein Zehnmarsstück. Die Reichs-
bank zahlt ferner für 1 Kilogramm Feingold 40 000 Mark
und für ausländische Goldmünzen entsprechende Preise.

Stetspostbestellung nach Australien.
Mit dem am 20. Juni von Weichen abgehenden Dampfer
„Dmar“ findet eine Briefpostbestellung nach Australien
statt. Postschiff tritt bei der Ausfahrt in Frankfurt
am Main am 16. Juni 8 Uhr abends für Einwärtsreise,
12 Uhr nachts für andere Sendungen, bei der Ausfahrt
in München am 17. Juni 1 Uhr mittags für Ein-
wärtsreise, 9 Uhr abends für andere Sendungen ein.
Zu dem Vorberand liegt der Postschiff einen Tag früher.

Neue Gesetzentwürfe. Das Gesamtministe-
rium hat in seiner Sitzung vom 10. Juni 1921 beschlossen,
dem Landtage folgende Gesetzentwürfe vorzuliegen: 1. Der
Entwurf eines Gesetzes über die Verteilung der ver-
schieden Volkshausstellen zwischen Staat und Kaufmann-
schaft in den Rechnungsjahren 1920 und 1921; 2. den Entwurf
eines Gesetzes über die Bezüge der in Wartegel oder Ruhe-
stand verbleibenden Beamten, ihrer Hinterbliebenen und der
Hinterbliebenen der im Amte verstorbenen Beamten.

Eine aufgelassene Sportbank. Dem „A.
N.“ wird aus Dresden gemeldet: Wie wir erriethen,
musste am Sonnabend in Dresden eine der allerersten ent-
standenen sogenannten Sportbanken ihre Zahlungen ein-
stellen und den Konten anmelden. Es war noch nicht fest-
zustellen, in welcher Höhe die Einzahler geschädigt worden
sind. Jedenfalls sind bereits politische Untersuchung-
maßnahmen eingeleitet worden. Die Inhaber der Bank
sollen in Karlsdorf verhaftet worden sein. Wie es heißt,
bestehen in Dresden 10-12 derartige Banken oder Kon-
sortien, wie sie sich auch nennen, die ihren Kunden
100 Prozent Dividende versprochen und tatsächlich auch eine
ganze Zeit lang ausgaben, bis auch sie der Welle ver-
fielen. Eine dieser Sportbanken rühmt sich, seit 1. Januar
d. J. bereits 29 Millionen Mark an Dividenden ausge-
zahlt zu haben. Auf der anderen Seite vertritt sie allerdings
nicht, wieviel Millionen sie mehr eingenommen hat. Bei
den Sportbanken in Dresden ist es schon so weit, daß
die heute geradezu in langen Ketten anstehen, die von
Sachverständigen geordnet werden müssen. Man heißt, es gibt
immer noch genug Leute, die ihr Geld los werden wollen.

Der neue Reichsmantelartillerie-
trupp für die Gemeindeführer. Der zwischen
dem Reichsbanner und dem Reichsbanner

Eine Dame
wolle also zarte, weiche Haut u. blendend
schönen Teint erlangen und erhalten, wie
wünscht sich nur mit der neuen **„Eine Dame“**
die besten Kosmetika
von G. Schick & Co., Berlin.

...wahrheitsliebende, dem Verstande der Gemein- und Staatsarbeiter und dem ...

...Frauenverein vom Roten Kreuz in Sachsen-Altenburg. Am 28. Mai fanden sich auf Einladung des Direktors des ...

...Gewerkschaften. Entsprechend einem neuerlichen Beschluß der Reichsregierung ...

...Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 30. November 1918 haben auf Grund der Verordnung vom 27. Dezember 1920 ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel ...

...Erhöhung der Versorgungsgebühren für Kriegsgeldbesitzige und Kriegshinterbliebene. Die Feuerungsgebühren, die den Kriegsgeldbesitzigen und Kriegshinterbliebenen zu den Versorgungsgebühren nach dem Reichsversorgungsgesetz gewährt wird, ...

...Verienfonderräge zu ermäßigten Preisen. In diesem Jahre sollen - basierend in der Rohstoffversorgung der Eisenbahnen keine Störungen eintreten - ebenfalls wieder Verienfonderräge zu ermäßigten Preisen abgelassen werden.

Advertisement for Riedel and Schumann's products, featuring an illustration of a woman and the text 'Sommer Dinner-Tische Sommer-Tische'.

Magna Ewendburg. Roman von Romy Wölfe. (Alle Rechte vorbehalten.) (Nachdruck verboten.) 17. Fortsetzung. Wie im Traum erhob sich Magna. Die Jahre waren ihr schwer, als hingen Meereswelle daran. Sie merkte es kaum, daß der Graf ihr die Hand zum Aussteigen bot.

werden. Nachstehend seien zunächst die Verordnungen und Abänderungen angegeben. Was Höheres über die Fahrpreise und die Ausgabe der Fahrkarten wird später bekannt gemacht. Für den Verkehr aus Sachsen nach den Bädern und nach Bayern sind folgende Rüge in Aussicht genommen: a) nach München: am 14. Juli von Chemnitz abf. abends 6.15, an München am andern Morgen früh 5.22, am 14. und 18. Juli von Dresden abf. nachm. 5.15, an München am andern Morgen früh 6.02, am 14. und 18. Juli von Leipzig abf. abends 8.45, an München am andern Morgen früh 6.02, am 15. Juli und am 11. August von Berlin nachm. 2.30, an München am andern Morgen früh 6.36, am 15. August von Leipzig abf. abends 8.45, an München am andern Morgen früh 6.02, am 15. August von Dresden abf. nachm. 5.15, an München am andern Morgen früh 6.02; b) nach der Ostsee: am 15. Juli von Dresden abf. vorm. 8.20, Großenhain Berl. Vf. 9.25 nach Angermünde-Stettin (an 4.45) und Duderow-Swinemünde (an 5.44), Ahlbeck (an 6.24), Deringsdorf (6.31), Binnowitz (7.46), Carlshagen-Trassenheide (an 7.55 abends), am 15. Juli von Dresden abf. vorm. 8.56, Großenhain Berl. Vf. 10.02, nach Grefswald-Stralsund (an 6.20 abends) - Anschluß nach Rügen-Beromünster-Sahnitz (an 8.21 abends) mit Anschluß in Bergen nach Putbus-Lauterbach (an 9.08) und Binz-Sellin-Gröden (an 11.05 abends), am 16. Juli von Chemnitz abf. vorm. 7.28, Ahlbeck 8.58 nach Duderow-Grefswald-Stralsund-Rügen-Beromünster-Sahnitz-Putbus-Lauterbach und Binz-Sellin-Gröden, sowie nach Swinemünde-Deringsdorf-Binnowitz-Carlshagen-Trassenheide (Ankunftseiten wie bei den Sonderzügen am 15. Juli), am 15. August von Dresden abf. vorm. 8.20, Großenhain Berl. Vf. 9.25 nach Duderow-Grefswald-Stralsund (Ankunftseiten wie bei den Sonderzügen am 15. Juli), am 15. August von Dresden abf. nachm. 5.55, an München am andern Morgen gegen 8 Uhr, am 8. Juli abends 10.04 nach Hamburg (Ankunft am andern Morgen früh 5.30), am 9. und 15. Juli vorm. 7.00 nach Warnemünde (Ankunft 3.45 nachm.), am 8. und 15. Juli und 15. August vorm. 8.20 nach Swinemünde-Deringsdorf-Binnowitz (Ankunft abends 6.36) und Stralsund und Sahnitz (Ankunft abends 7.50). Für den Verkehr aus Bayern und den Bädern nach Sachsen sind ferner folgende Sonderzüge vorgesehen: a) von München: am 15. Juli nachm. 5.55 von München nach Leipzig (Ankunft 10. Juli früh 4.30), am 18. Juli und 12. August nachm. 4 Uhr von München Dresden abf. (Ankunft früh 5.08), am 16. August nachm. 4.00 von München nach Chemnitz (Ankunft früh 2.57), Dresden abf. (Ankunft früh 5.08), am 16. August nachm. 5.55 von München nach Leipzig (Ankunft früh 4.30); b) von der Ostsee: am 12. August vorm. 10.24 von Carlshagen-Trassenheide und allen Stationen bis Swinemünde (Abfahrt 12.21 mittags), sowie vorm. 9.40 von Sahnitz und 11.45 von Stralsund (mit Anschluß von Gröden-Binz und Lauterbach-Putbus, sowie Beromünster-Rügen) nach Dresden abf. (Ankunft abends 9.35), am 14. August vorm. 10.34 von Binnowitz usw. nach Leipzig (Ankunft abends 9.01).

Ergebnis. Bei der am 9. Juni 1921 stattgefundenen Mittelbererwahlung der Konfirmandenparafasse Gröden und Umgebung wurde die Jahresrechnung auf 1920 vorgelegt und richtiggelesen. Aus dieser Rechnung ist zu bemerken, daß das Einkommensvermögen der Mitglieder von 83881.- auf 81975.- Mark also um 18114.- Mark gestiegen ist. Die Einlagen betragen 32579.-, die Rückstellungen 15980.- Mark und die den Einlegern gutgegeliebten Zinsen 1438.- Mark. Der Konfirmandenparafasse gehören 1051 Mitglieder an, doch könnten noch viele Eltern die Gelegenheit benutzen, auf bequeme Art und Weise einen Betrag anzuhäufeln, der ihnen die bei der Schulentlassung notwendigen Ausgaben erleichtert.

Großenhain. Auf dem Wochenmarkt am Sonnabend stellten sich die Preise wie folgt: Erdbeeren, das Pfd. 3-4 Mark; Stachelbeeren, das Pfd. 1.50 Mark; Butter, Stückchen 10-12 Mark, Kilo 40-48 Mark; Eier, das Stück 1.30 Mark; Gurken, gelbe, holländische, das Pfd. 3 Mark; Karotten, junge, das Pfd. 50 Pfg.; Rindfleisch, das Pfd. 2.50-3.00 Mark; Kalbfleisch, junges, das Pfd. 40-60 Pfg.; Rindfleisch, das Pfd. 25 Pfg.; Kalbfleisch, das Pfd. 50 Pfg.; Salat, hiesiger, die Stauden 25-40 Pfg.; Schnittlauch, das Pfd. 10 Pfg.; Schoten, das Pfd. 1.50-2.00 Mark; Spargel, harter, das Pfd. 4.00-4.50 Mark; Spargel, weicher, das Pfd. 1.00-2.00 Mark; Spinaat, das Pfd. 40 Pfg.; Zwiebeln, das Pfd. 1 Mark. Die Butter war auf dem Wochenmarkt der begehrteste Artikel. Die Händler verlangten und erhielten anfangs 12 Mark, ein Händler, der mit Herdesehirmen eingetroffen war, verkaufte seine Butter durchwegs mit 10 Mark. Im Ru wurde er sie los! Großes Vergnügen unter den Kauffrauen und Marktbesuchern erregte die Anwesenheit einiger Trödler Butteraufkäufer. Einer dieser Händler, der im Auto hier ankam, mußte wohl oder übel seine Butter hier lassen, es waren insgesamt 60 Stückchen, die dann im Konsum-Bereich zum Verkauf wurden. Ferner war eine Händlerin mit Käse anwesend, die das Stück mit 30 Pfg. verkaufte. Auch diese wurde ihre Ware im Dampfbrotchen los.

X Rosen. Der Haushaltsplan für das laufende Geschäftsjahr 1921/22 schließt, wie in der letzten Stadter-

schneidung mitgeteilt wurde, mit einem Nettobetrag von ca. 300.000.- M. ab. Beschlossen wurde Erhöhung der Hundsteuer um 10 Pfennig, Erhöhung der Verbrauchssteuer auf 3 M. für Licht und 2 M. für Kraft pro Kilowatt und Verdoppelung der Abfallsteuer; ferner Verkeuerung der Musikinstrumente nach folgenden Richtlinien: 75 M. für Klaviers, 150 M. für Flügel und Organos, 300 M. für das zweite Klavier und 15 M. für Grammophone jährliche Steuer, weiter Einführung einer Wohnungsbausteuer in Höhe von 75 M. für das erste, 150 M. für das zweite, 300 M. für das dritte und je 200 M. mehr für jedes weitere überschüssige Wohnzimmer.

W r n a. Von den Stadtverordneten war die Schaffung eines städtischen Freibades angestrebt worden. Daraufhin hat der Stadtrat beschlossen, einen an der Elbe gelegenen Badesort zu erwerben, um dort allen Klassen der Bevölkerung das Baden in der Elbe und den Aufenthalt am Strome zu gestatten.

P a n z e n. Anlässlich der Jubelfeier der Oberrealschule in Panzen war die schwarz-weiß-rote Flagge gehißt worden. Darüber erböten sich die Sozialdemokraten und stellten im Stadtparlament eine Anfrage an den Rat, welche Stelle dafür verantwortlich zu machen ist und was der Rat zu tun gedenkt, eine derartige Verhöhnung der Verfassung in Zukunft zu unterbinden. Oberbürgermeister Niedner antwortete, daß der Rektor es ohne Wissen des Rates angeordnet habe. Er sei aber angewiesen worden, es in Zukunft nicht wieder zu tun.

T a l h e i m. Große Unterschlagungen, die schon seit längerer Zeit begangen wurden und in die Ombudsmanntende von Watz gehen sollen, haben sich der Leiter und einige Beamte der Kassenstelle des Textilarbeiterverbandes zuschulden kommen lassen. Der Leiter der Kassenstelle ist seit einigen Tagen verschwunden.

O e l s u b. Hier wurde der Grundstein zu der neuen katholischen Kirche gelegt. Die ganze Kirche wird aus reinem Eisenbeton in einem Guß mit innerer Laster hergestellt. Es ist dies das erste Mal, abgesehen von einer kleinen Kirche bei Baberhorn, daß das gesamte Mauerwerk eines Gotteshauses in Beton ausgeführt wird. Die Anwendung der neuen Baumweise fand das größte Interesse der hiesigen Industriellen und Behörden. Außer der erheblichen Preisersparnis hat man bei Anwendung dieser Baumweise noch den Vorteil, daß man dem idealen Materiale Ausführungsmodalitäten geben kann, die heute noch nicht zu übersehen sind.

L e i p z i g. Am 3. Juni trafen auf dem Bahnhof Bahren 80 weitere Rüge für Leipzig ein. Sie wurden nach der Abnahme durch Vertreter der Stadt Leipzig nach der Artilleriekaserne in Leipzig weitergeleitet und den hier untergebrachten 80 amerikanischen Rügen angefügt. Leipzig ist also nunmehr im Besitz von 110 amerikanischen Rügen und einem statilischen Bullen.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 13. Juni 1921.

Rechenburg. Rede am Reichstagsgebäude.

Berlin. Die die Welt am Montag hört, in der Abgeordneten Reichstag nach München gefahren, um bei der Beerdigung des Abgeordneten Garetz im Namen der D. E. P. zu sprechen.

Berlin. Die Berliner Gewerkschaftskommission und das Ortsamt der Angestelltenverbände streiten ihren Widerspruch frei, ob sie sich an den sozialistischen oder an den unabhängigen-sozialistischen Garetz-Rundgebungen, die am Montag nachmittag stattfinden sollen, beteiligen wollen. Aber die Arbeiter und Angestellten sollen mit Einmütigkeit gegen die reaktionären Maßnahmen in Bayern protestieren.

Aus Obereschleben.

Berlin. Die Polen legen ihre Angriffe fort. Verschiedene Orte wurden mit Artillerie und Maschinengewehren beschossen. So wurde Kattowice stark beschossen. Auf Jembo-witz wurden 4 Angriffe mit Unterstützung von 4 Geschützen ausgeführt. Die Brücke bei Wapatisch wurde gesprengt.

Die Demokraten und die deutsche Volkspartei.

M a g d e b u r g. Am Sonntag vormittag fand eine Vertrauensmänner-Versammlung der Deutschdemokratischen Partei des Wahlkreises Magdeburg-Anhalt in der Reichshalle zu Magdeburg statt, in der Reichsminister Dr. Schiffer sprach. Hinsichtlich der politischen Lage betonte der Redner, daß die Demokratische Partei die Tür für die Deutsche Volkspartei offen halte zu sachlicher Zusammenarbeit. Nach dem Schlußwort des Ministers wurde eine auf seine Rede bezügliche Entschliessung gefaßt.

Unterstaats Anzüge in München.

M ü n c h e n. Der Staatskommissar für die öffentliche Ruhe und Ordnung in Stadt und Land, Polizeipräsident Wöhner hat alle von den verschiedenen Organisationen geplanten Kundgebungen und öffentlichen Umzüge verboten, und zwar unter Hinweis darauf, daß er die Zusammenkünfte mit allen Mitteln unterdrücken würde.

R ü r n b e r g. Die Generalstreikbewegung hat sich auch auf Nürnberg ausgedehnt. Wieweit die Arbeiterkraft am Streik beteiligt ist, läßt sich erst im Laufe des Vormittags feststellen.

Bermischtes.

Zum Untergang des Dampfers „Subaltin“. Die „Agence Havas“ teilt in einer Depesche aus Athen die Nachricht, daß beim Untergang des Dampfers „Subaltin“ 233 Menschen umgekommen seien, für

mir doch diesen kurzen Trost.“ hat er weicht, „er wird mir Kraft geben, wenn mein Mut erlahmt, denn diesen Rosen auf den Weg zu streuen, das mir vertraut, er wird mich bewahren, wenn ich manchmal im Kampf zwischen Pflicht und Liebe. Eagen Sie mir nur das eine, wenn Ihr feuchter junger Mund sich schneit, das Wort zu sprechen, das wir uns nicht sagen dürfen, bin ich Ihnen fremd oder hatten Sie die gleiche Empfindung mit mir, daß wir uns kannten?“

„Wir kannten uns.“ sagte Magna. Eben jetzt doch aufgerichtet und voll in die Augen lebend. „Wir kannten uns stets, das fühle auch ich in diesem Augenblick, aber wenn sich unsere Wege trennen, so haben wir uns nie gekannt.“

„Sie reichte ihm treuen Blickes die Hand. Doch aufatmend, wie trunken ließ sie die großen grauen Augen über die himmelhohen Schneeberge schweifen, die da dort über in einem gewaltigen Halbmond lagen. Sonnenfächchen jagten wie duffige Schleier über das Tal, und Magna fand wie eine Göttin groß und hehr in diesem Zauberteil.“

